

Wahlen, aber keine Lösung

Zur Situation in und um Nicaragua

Eine Woche nach den Wahlen in Nicaragua und den USA holte der erfolgreich wiedergewählte amerikanische Präsident zu einer Drohgebärde aus: 100 Fallschirmjäger einer amerikanischen Luftlandedivision, zu der Elitetruppe gehörend, die 1983 an der Invasion Grenadas teilnahm, wurden nach Honduras, dem engsten Verbündeten der USA in Mittelamerika, geflogen, zum Zwecke des Straßenbaus, wie es aus Washington hieß. Täglich verletzte ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug mit Überschallgeschwindigkeit (von der Bevölkerung der „schwarze Vogel“ genannt) den Luftraum über Managua. Die in Panama stationierte 193. Brigade der US-Armee wurde in Alarmbereitschaft versetzt, nach Angabe eines Militärsprechers zu Manöverzwecken. Gemeinsame Seemanöver honduranischer, salvadorianischer und amerikanischer Flotteneinheiten begannen im Golf von Fonseca an der Nordgrenze Nicaraguas. Managua reagierte mit der Mobilisierung. Die amerikanischen Militärbewegungen wurden wenige Tage nach dem Eintreffen und Entladen eines sowjetischen Frachters im nicaraguanischen Hafen Corinto bekannt. Washington behauptete zunächst, das Schiff habe möglicherweise Mig-21 Düsenjäger an Bord, es waren jedoch zwei weitere Kampfhubschrauber, die gegen die Rebellen eingesetzt werden sollen. Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger räumte zu diesem Zeitpunkt ein, Washington treffe Vorbereitungen, um auf den zunehmenden Strom sowjetischer Waffen nach Nicaragua zu reagieren. An eine Invasion sei nicht gedacht.

Zwei Drittel für die Sandinisten

Auf dem Höhepunkt der Invasionshysterie in Nicaragua, der echten wie der von oben propagierten, wurde dann das Endergebnis der Wahlen bekannt: bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent der ca. 1,5 Millionen Wahlberechtigten erhielt der Präsidentschaftskandidat der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN, *Daniel Ortega*, 67 Prozent der Stimmen. Von den anderen 6 zur Wahl eingeschriebenen Parteien erreichten die beiden nichtmarxistischen Linksparteien, die Konservative Demokratische und die Unabhängige Liberale Partei, zusammen 21,9 Prozent, die Christlich-Soziale Volkspartei 5,2 Prozent, die marxistischen Splittergruppen zusammen 3,5 Prozent. In der Verfassungsgebenden Versammlung haben die Sandinisten 61 von 91 Sitzen erhalten. 14 Sitze entfielen auf die Konservativen Demokraten, neun auf die Liberalen. Wie es nach den Wahlen in Nicaragua weitergehen werde, war schon vor dem 4. November interessanter als der Wahlausgang selbst – sicher ein Symptom für die *relative Bedeutung* der ersten Wahlen seit dem Sturz Somozas und der Machtübernahme der Sandinisten im Sommer 1979. Das Wahlergebnis ist nur ein Baustein mehr im „neuen nicaraguanischen Staat“, der fatalerweise immer noch nicht die klaren Konturen zeigt, wie sie die polarisierte öffentli-

che Meinung schon seit wenigstens zwei Jahren so oder so zeichnet. Nicaragua als ein „zweites Kuba“ war nicht nur eine Schreckensvision der Amerikaner, sondern in der politischen Rhetorik eine Formel, die sich verselbständigte und mit Inhalt füllte. Die amerikanische These, die sandinistischen Comandantes seien von Anfang an oder doch sehr bald entschlossen gewesen, ein marxistisches totalitäres Regime zu errichten, wurde und wird mit demselben Anspruch, die ganze Wahrheit zu sein, verfochten wie die andere, die USA hätten das sandinistische Regime mit ihrer feindseligen Sanktionspolitik in die Arme des Marxismus getrieben. Die Realität, die politische Entwicklung von 1979 bis heute, ist komplizierter, da die wechselseitigen Wirkungen der fünf beteiligten Faktoren – die Sandinisten, die bürgerliche Opposition, die antisandinistische Guerrilla FDN und ARDE, die USA, das nicaraguanische Volk – schwer zu durchschauen sind. Jedenfalls waren die nicaraguanischen Wahlen weder eine Scheinwahl, wie sie von den USA unermüdlich dargestellt wurden, noch spricht allzuviel dafür, sie als „Geburt einer Demokratie“ (*Dorothee Sölle*) zu feiern.

Die Rolle der USA

Nach einer ersten Phase wohlwollender Unterstützung zeigte sich die Regierung Reagan bereits Anfang 1981 überzeugt, daß sich in Nicaragua ein marxistisches, dem Totalitarismus zustrebendes Regime etabliert habe. Von diesem Zeitpunkt an war der Faktor USA in der nicaraguanischen Politik präsenter als jede interne Opposition, womit der Zustand unter Somoza – mit anderen Vorzeichen – wiederhergestellt war. Die Wahlen vom 4. November, ihre Vorgeschichte und ihre publizistische Begleitung zeigen wieder einmal, wie Entwicklungsländer, zumal wenn sie in der Sicherheitszone einer Großmacht liegen, politisch, völkerrechtlich und im diplomatischen Umgang eine *Sonderbehandlung* vorbei an den Kriterien der Nichteinmischung und der Verhandlungspriorität erfahren. Ihre Souveränität ist sozusagen zweiter Klasse; mit einer „projection of power“, wie sie gegenüber Nicaragua geübt wird, würden sich die USA anderswo lächerlich machen.

Niemand bestreitet, daß eine politische Radikalisierung in Mittelamerika die Sicherheitsinteressen der USA berührt und daß die Entwicklung in El Salvador und Nicaragua bis zu einem gewissen Grad bereits eine Bedrohung darstellt. Die Ungeniertheit, mit der die Vereinigten Staaten eine Politik der Einmischung und der Destabilisierung betreiben, hat jedoch zweifellos und zu einem gerüttelten Maß zu der wahnwitzigen *Aufrüstung* Nicaraguas beigetragen, die das Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins geführt hat. Seit November 1981 leisten die USA den Rebellen verdeckte und offene Unterstützung. Die bürgerliche Opposition handhabten sie im Vorfeld der Wahlen wie Marionetten. So zitiert die „New York Ti-

mes“ einen hohen amerikanischen Regierungsbeamten mit den Worten: „Die Administration hat nie überlegt, Cruz (den Führer des Wahlbündnisses, das die Wahl boykottierte) ins Rennen zu lassen.“

Die jahrelange amerikanische *Destabilisierung* des sandinistischen Regimes mit militärischen Mitteln hat mit dazu geführt, daß die nicaraguanischen Wahlen mitten in einem Bürgerkrieg stattfanden, der nach offiziellen Angaben bereits 8000 Opfer gefordert hat. Auf politischer Ebene trieb Washington die Sandinisten in die Enge, indem es eine Einigung auf der Basis der Contadora-Initiative (der Nachbarstaaten Kolumbien, Venezuela, Mexiko und Panama) zu verhindern sucht, insbesondere seit Nicaragua sich – kurz vor den Wahlen – bereit erklärt hat, den Friedensplan zu unterzeichnen. All das läßt darauf schließen, daß die USA nicht nur keine Linksdiktatur in Nicaragua wollen, sondern auch (oder erst recht) kein gemäßigtes sozialistisches Regime, das anderen Ländern Mittelamerikas als Modellfall dienen könnte. Bei nüchterner Sicht der Machtverhältnisse in Mittelamerika und ohne übertriebene Rücksicht auf das Große-Bruder-Syndrom des Regimes in Managua muß man davon ausgehen, daß im Umfeld der Wahlen auch von den anderen Beteiligten politische Fehler begangen wurden, die eine friedliche Lösung des Konflikts noch erschweren.

Abstinente Opposition

Es fragt sich nämlich, ob die rechts von den Sandinisten stehende politische Opposition (von den Amerikanern) gut beraten war, die Wahlen zu boykottieren. Zweifellos wäre sie unter entschieden schlechteren Wahlkampfbedingungen angetreten als die Sandinisten, aber daß ihre Wahlbeteiligung „unzumutbar“ war, ist angesichts des Wahlergebnisses nicht mehr zu vertreten. 67 Prozent für die Regierungspartei sind kein Wahlergebnis „nach sowjetischem Modell“ (Präsident Reagan). Anders als in El Salvador hätte die nicaraguanische Opposition nicht ihr Leben aufs Spiel gesetzt. Wenn sie auch die Wahlen gegen die Sandinisten nicht hätten gewinnen können, so hätte ihre Teilnahme die Regierungspartei doch zusätzliche Stimmen gekostet. Hinter der kompromißlosen Weigerung des Oppositionsbündnisses „Coordinadora Democrática“ (bestehend aus drei Parteien, dem Unternehmerverband COSEP und zwei Gewerkschaften) stand nicht nur der Druck der USA und der Exilnicaraguaner, die Wahlen durch Isolierung der Sandinisten zu diskreditieren. Ebenso entscheidend dürfte sich die wachsende Überzeugung in der demokratischen Opposition ausgewirkt haben, daß das revolutionäre Regime militärisch in die Knie gezwungen werden soll, eine Hoffnung, die es unausgesprochen auch in der nicaraguanischen Kirche gibt. Eine Opposition aber, die sich im Land – wenn auch eingeschränkt – politisch artikulieren kann und die Guerrilla sozusagen für sich arbeiten läßt, gibt kein gutes Bild. Auch mag die in Lateinamerika verbreitete Unlust, sich zu Wahlen zu stellen, die nicht zu gewinnen sind, eine Rolle gespielt haben.

Die „Contras“

Die im Norden von Honduras aus und im Süden an der Grenze zu Costa Rica kämpfenden Rebellen sollen dem Vernehmen nach ständig neuen Zulauf von mit den Sandinisten unzufriedenen Nicaraguanern erhalten. Wie stark die „Contras“ tatsächlich sind und welche Gebiete sie kontrollieren, ist nur schwer auszumachen. Tatsache ist, daß der nicaraguanische Postminister *Enrique Schmidt* bei einem Gefecht nur 90 km vor Managua ums Leben kam. Die Rebellenorganisationen spielten bei den Wahlen insofern eine nicht unwichtige Rolle, als der Führer der oppositionellen „Coordinadora“, *Arturo Cruz*, die Aufnahme des Dialogs mit der Guerrilla zur Bedingung für seine Teilnahme an den Wahlen gemacht hatte. Überhaupt gleichen die weitgehenden Forderungen von Cruz an die Sandinisten eher einem Regierungsprogramm für den Fall seines Wahlsiegs; sie waren für die Sandinisten unannehmbar, und möglicherweise sollten sie das auch sein. Wenig Zuverlässiges weiß man über die Guerrillakämpfe selbst. Die Empfehlungen für „Psychologische Operationen im Guerrillakrieg“, wie sie das in den USA verfaßte und unter den „Contras“ kursierende Handbuch enthält, sind so grausam wie die Guerrillakämpfe überall in der Welt. Die Ermordung des Freiburger Arztes „*Tonio Pflaum*“ im Frühjahr 1983 dürfte nicht der einzige Fall von Liquidierung sein. *Edgar Chamorro*, bei der im Norden kämpfenden FDN für Propaganda zuständig, hat bestätigt, es sei bei seinen Verbänden Praxis, in den eingenommenen Dörfern Sandinisten „hinzurichten“. Sie machten keine Gefangene, man sei im Dschungel.

Sandinisten: Angst und Propaganda

Die sandinistische Regierung ist im Wahlkampf einiges schuldig geblieben. Die Wahlen fanden unter Ausnahmbedingungen statt, und Schweizer Verhältnisse waren nicht zu erwarten. Aber im Gegensatz zu den wohl unumstritten sauberen Wahlen selbst fehlte es in der Vorbereitungszeit an *fairen Wahlkampfbedingungen* für die nicht-sandinistischen Parteien. Die *Pressezensur* war zwar gelockert und auf militärische Angelegenheiten beschränkt, als jedoch die Liberalen kurzfristig ihre Teilnahme an der Wahl zurückzogen, durfte die einzige oppositionelle Tageszeitung „*La Prensa*“ dies nicht melden. Gegen die sandinistische Allgegenwart des Militärs, der Milizen, der Nachbarschaftskomitees und der Bürokratie konnte die Opposition nicht ankommen. Daß den Randaliertruppen der „*Turbas*“, die Wahlveranstaltungen störten, nicht Einhalt geboten wurde, zeugt von schlechtem Stil und davon, daß die Sandinisten von den Rechtsdiktaturen gelernt haben. In zahlreichen Fällen soll der Bevölkerung auch mit dem Entzug von Lebensmittelkarten gedroht worden sein, falls sie nicht zur Wahl gingen.

Die Hauptwaffe der Sandinisten im Wahlkampf war die amerikanische „Aggression“, das vielleicht einzige Thema, das die Staatspartei und die unter der Wirtschaftsmisere leidende Bevölkerung näher zueinander

rücken ließ. Die sandinistische Propaganda wechselte in bizarrer Dialektik die Argumentationsweise: man müsse sich bis an die Zähne bewaffnen, weil die amerikanische Invasion (wieder einmal) unmittelbar bevorstehe. Dann hieß es in verblüffender Aufrichtigkeit, die USA und die Weltöffentlichkeit sollten sehen, daß Nicaragua sich bedroht fühle; die Kriegsvorbereitungen sollten für die Bevölkerung wie für das Ausland auch als Signal wirken. Diese jahrelange Beschwörung einer Bedrohung durch den „US-Imperialismus“ hat sicher echte Furcht und Empörung zur Ursache, sie trägt aber auch *obsessive Züge*. Das Zynische an der Demagogie der Sandinisten aber ist die Tatsache, daß politisches Kalkül ein Volk, das ohnehin unter dem Bürgerkrieg leidet, in Angst und Schrecken versetzt, es aufhetzt und in Armut geraten läßt und noch einen machtpolitischen Vorteil daraus zieht, den Ernstfall nur simuliert zu haben, falls die Invasion ausbleibt. Wo die tatsächliche Furcht der Sandinisten vor einem amerikanischen Eingreifen aufhört und die Zweckpropaganda gegen innere und äußere Bedrängnis anfängt, ist genauso wenig zu ergründen wie die Frage, ob die Rebellen um die Macht, gegen den Sandinismus oder für die Freiheit Nicaraguas kämpfen.

In den *Beziehungen zur katholischen Kirche* haben die Sandinisten bisher wenig Fingerspitzengefühl bewiesen. Während des Wahlkampfes vermieden beide Seiten neuen Konfliktstoff. Einen Hirtenbrief zur Wahl gab es nicht; allerdings gab der Vorsitzende der Bischofskonferenz, *Pablo Antonio Vega*, eine längere „persönliche“ Stellungnahme ab, in der er den Sandinisten aufrichtigen Friedenswillen absprach. Das Regime unterdrücke das Volk und institutionalisiere die Gewalt: „Nach fünf Jahren der Euphorie, revolutionärer Mythen und schmerzlicher Verirrungen erteilt Nicaragua dem Kontinent heute eine Lektion.“ Während des Wahlkampfes wurde seitens der Kirche lediglich darauf hingewiesen, daß es nach dem Wahlgesetz keine Sanktionen für Nichtwähler gebe. Diese verdeckte Empfehlung, der Wahl fernzubleiben, hatte aber wenig Erfolg. In Gegenden, in denen die Kirche über starken Einfluß verfügt, erhielten die nichtsandinistischen Parteien zum Teil mehr Stimmen als die Sandinisten. – Bis heute haben die Bischöfe Nicaraguas die Kämpfe der Guerrilla nicht öffentlich verurteilt.

„Die USA täten gut daran ...“

Machtpolitisch sei Nicaragua nur ein Bauer im geostrategischen Schachspiel zwischen Moskau und Washington, und ein Bauer werde zuweilen geopfert, kommentierte die FAZ die zugespitzte Lage nach den Wahlen in Nicaragua und den USA.

Demgegenüber sieht der ebenfalls konservative britische „Daily Telegraph“ in der freundlichen Behandlung Nicaraguas eine mögliche Lösung, wie sie auch in westeuropäischen politischen Kreisen vertreten wird: „Kein rational denkender Europäer möchte zwar in dieser Region eine marxistische Regierung an der Macht sehen, ist aber von der Tatsache als solcher nicht überrascht. Ein schlimmeres Regime als das der kriminellen Somoza-Familie (die vor fünf Jahren abgesetzt wurde) kann man sich kaum denken. Die Amerikaner müssen daher jetzt die historische Vorstellungskraft aufbringen, zu verstehen, daß sie deshalb unwillkommene Marxisten als Nachbarn haben, weil arme Menschen in vielen Teilen Mittelamerikas lange Zeit von Leuten beherrscht wurden, die eine Moral wie die Mafia hatten ... Die Vereinigten Staaten täten gut daran, auf ihre große Stärke zu vertrauen ...“

Daniel Ortega ist unzweifelhaft ein Marxist und ein ziemlich langweiliger dazu. Aber er ist kein Ungeheuer. Die Vereinigten Staaten würden sehr wenig riskieren, wenn sie Ortega und seine Regierung geschickt und freundlich behandeln würden in Anbetracht der Tatsache, daß die Hilfe der Sowjetunion sich nie in Lebensmitteln oder Agrarhilfen ausdrückte und daß uneigennützig Großzügigkeit Feindschaft besänftigen kann. Ungeachtet ihrer verbalen Kraftakte ist die Sowjetunion weit entfernt, und sie ist berüchtigt dafür, Freunde in der Dritten Welt schlecht zu behandeln und zu verlieren. Die Risiken, die eine großzügige, versöhnliche Politik in sich birgt, sind geringfügig im Vergleich zu denen, die sich aus einer Politik der ‚kleinen Kriege‘ ergeben.“

Die Einschätzung der Lage auf dem Schachbrett durch die FAZ hat für sich, daß sie der offiziellen amerikanischen (der sowjetischen nicht minder) gut nachempfunden ist. Für den fünften Faktor in der nicaraguanischen Politik, das Volk, halten die Schachspieler und ihre Figuren wohl noch mehr Opfer bereit. *Gabriele Burchardt*

Zwischen Annäherung und neuer Fremdheit

Ein Gespräch mit Professor Norbert Klaes über den Stand des interreligiösen Dialogs

Das Verhältnis des Christentums zu den nichtchristlichen Religionen hat sich in den letzten Jahrzehnten sowohl auf der Ebene theologischer Reflexion wie auf der praktischer Begegnung verändert. Es liegt nahe, in einer Zwischenbilanz nach den Möglichkeiten und Schwierigkeiten des Gesprächs zwischen Christentum und Weltreligionen zu fragen, ebenso nach den Zielen, die der interreligiöse Dialog in Zukunft haben kann. Wir sprachen darüber mit Professor Norbert Klaes,

Inhaber des Lehrstuhls für Missionswissenschaft an der Theologischen Fakultät der Universität Würzburg. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Klaes, vor zwanzig Jahren hat das Zweite Vatikanum in seiner Erklärung über die nichtchristlichen Religionen die Christen zum Gespräch und zur Zusammenarbeit mit den Bekenner anderer Religio-